

12. September 1909 Der Chemiker Fritz Hofmann, Mitarbeiter der Farbenfabrik Bayer/Elberfeld a. d. Wupper, erhält weltweit das erste Patent für ein Verfahren zur Herstellung von künstlichem Kautschuk, den er Buna nennt.

7. September 1905 Die Theaterzeitschrift Die Schaubühne (später Die Weltbühne) erscheint zum ersten Mal.

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

15. Ausgabe / 22. Jahrgang

Für Halle

4. September 2012

UmFAIRteilen: Reichtum ist teilbar - Millionärsteuer jetzt!

Die öffentlichen Haushalte in Deutschland haben mit zunehmender Finanznot zu kämpfen. Öffentliche Einrichtungen und die Infrastruktur werden vernachlässigt, weil den Kommunen die notwendigen finanziellen Mittel fehlen. Nicht zuletzt die Wirtschafts- und Euro-Krise-Politik der Bundesregierung hat dazu geführt, dass den öffentlichen Haushalten der Gestaltungsspielraum genommen wurde und stattdessen eine rigide Sparpolitik heute an der Tagesordnung ist.

Dem Schuldenberg der Kommunen steht ein großes Privatvermögen gegenüber: Nur zwei Prozent der deutschen Bevölkerung verfügen über ein Vermögen, das genauso hoch ist, wie die Gesamtschulden der Bundesrepublik zusammen. Diese Vermögen werden kaum oder gar nicht besteuert und während die Mehrheit der Bevölkerung durch Sparmaßnahmen oder hohe Steuersätze für die Bewältigung der Krise herangezogen wird, lässt die Bundesregierung den Reichtum der Wenigen unangetastet.

DIE LINKE widersetzt sich dieser Politik und setzt sich ein für eine gerechtere Verteilung des Reich-



tums. Durch Einführung einer Millionärsteuer und einer Vermögensabgabe könnten die Haushaltslöcher gestopft und so die Finanznot der Kommunen bewältigt werden.

Als Unterstützer des Bündnisses „UmFAIRteilen-Reichtum besteuern!“, dem große Sozialverbände, die Gewerkschaften ver.di und GEW, Attac, Naturfreunde, Campact und viele weitere Organisationen angehören, will DIE LINKE in den kommenden Monaten das Thema „Reichtum besteuern“ in all seinen Facetten in die Öffentlichkeit bringen und sich für

die Einführung einer Millionärsteuer und Vermögensabgabe einsetzen. Am 29. September findet ein erster bundesweiter Aktionstag statt, an dem sich auch DIE LINKE beteiligt. Neben größeren Veranstaltungen in Berlin, Köln, Hamburg und Frankfurt/Main wird es zahlreiche kleinere Aktionen geben, mit denen wir auf die Verteilungsfrage aufmerksam machen wollen. Beteiligt euch an den bundesweiten Aktionen und kommt zu einer der geplanten Veranstaltungen! Wo genau diese stattfinden, werden wir in Kürze hier mitteilen.

„Wissenschaftsfreiheitsgesetz“ – Beispiel ungerechter Gesetzgebung

Nach drei Jahren drei Jahren! Ankündigung hat die Bundesregierung dem Bundestag einen Gesetzesentwurf mit acht dünnen Paragraphen vorgelegt. Das Ganze bezeichnet sie schicksalsträchtig als „Wissenschaftsfreiheitsgesetz“. Wow!

Das eigentliche Anliegen des Gesetzes erdet sich jedoch sofort, liest man seinen ausführlichen Titel: „Gesetz zur Flexibilisierung von haushaltsrechtlichen Rahmenbedingungen außeruniversitärer Wissenschaftseinrichtungen“.

Am Ende handelt es sich genau genommen um nichts anderes als die Flexibilisierung von Regelungen, die in den jährlich vom Bundestag zu beschließenden Haushaltsgesetzen und in der Bundeshaushaltsordnung ohnehin zu fixieren sind und längst fixiert wurden. Tatsächlich werden fast alle Regelungen, die der Gesetzesentwurf beinhaltet, bereits seit Jahren quasi untergesetzlich auf dem Verordnungswege praktiziert. Treibende Kraft hinter diesem Gesetzesentwurf ist die FDP, die ihrer Deregulierungslogik immernoch nachhängt. Verschleiert wird diese Deregulierungspolitik mit Verfassungsrhetorik, denn Forschungsfreiheit wird mit der Wissenschaftsfreiheit und der Lehrfreiheit als bürgerliches Grundrecht geschützt. Durch dieses Gesetz aber gewinnt dieses Grundrecht „keinen Meter“.

Vielmehr werden anderen Verfassungsorganen wie dem Bundestag, dem Bundesrat und der Bundesregierung Gestaltungsverantwortung, Gestaltungsrechte und -möglichkeiten entzogen. So stellt sich für mich unweigerlich die Fra-

ge: Ist die Bundesregierung eigentlich zum Regieren oder zum Delegieren angetreten?

Wie kontraproduktiv der Deregulierungsansatz aus Sicht gesellschaftlicher Gesamtverantwortung von Regierung und Parlament durchaus sein kann, haben wir längst auf anderen Politikfeldern kennengelernt.

Grundsätzlich könnten wir Lehren aus der Wirkung auf Finanzmärkte, auf Energiemärkte, auf beschäftigungspolitische Handlungsspielräume etc. ziehen. Und gerade auf diesen Feldern erleben wir aktuell deutlich gegenläufige Tendenzen. Viele Engagierte, viele Betroffene versuchen nämlich, die Verantwortung wieder in die öffentliche Hand zurückzuholen, um die negativen Wirkungen der Deregulierungslogik wieder einzudämmen.

Einen Vergleich zu Wissenschaft, Studium und Lehre zu ziehen ist methodisch und inhaltlich angebracht. Mithin gibt es sowohl aus der Wissenschaft selbst als auch aus der Zivilgesellschaft und von Nichtregierungsorganisationen mehr und mehr Vorschläge, gesellschaftliche Konflikte und Ansprüche stärker in den Mittelpunkt von Forschung, Lehre und Studium zu rücken – sie zumindest nicht mehr wirtschaftlichen Belangen nachgelagert zu gewichten. Besonders zeigt sich das in Debatten um die Transformationsforschung.

In den Wissenschaftseinrichtungen dürften die Bewertungen zu diesem so genannten „Wissenschaftsfreiheitsgesetz“ je nach Platz im System recht unterschiedlich ausfallen.

Dass die Leitungen der Einrichtungen die freie Hand begrüßen, wundert mich nun nicht. Wenn der Frosch gefragt wird, ob er noch Wasser im Teich haben will, wird er immer sagen: Ja, ich möchte bitte noch Wasser. Hochschulen dieses Landes sind bekanntermaßen seit Jahren unterfinanziert.

Trotz Hochschulpakt, trotz Pakt für Forschung und Innovation hat es für Studierende und Lehrende insbesondere aber für den wissenschaftlichen Nachwuchs kaum Änderungen zum Besseren gegeben. Selbst außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, die ja immerhin in jedem Jahr fünf Prozent Mittelsteigerung erfahren, halten diesen Aufwuchs insgesamt für zu gering.

Was das nun aus Sicht der vielen Beschäftigten in der Wissenschaft bedeutet, ist in dem Gesetzesentwurf offensichtlich überhaupt nicht beachtet worden. Ansonsten lassen sich nämlich die Widersprüche, die sich im Verhältnis zu vergleichbaren Gesetzen ergeben, nicht erklären. Das muss genauer beschrieben werden, weil die Beschäftigten mit ihren Leistungen, das gesamte System tragen.

Das Gesetz sieht konkret vor: „Im Bereich Haushalt wird die Einführung von Globalhaushalten angestrebt.“

Daraus folgt, dass Haushaltstitel gegenseitig deckungsfähig sind bzw. Haushaltsmittel für verschiedene Zwecke eingesetzt sowie über Jahreshorizonte hinweg erhalten, angespart und entsprechend verplant werden können. Dies dient zum Beispiel größeren Investitionen. Das alles ist nun garnicht neu,

wird eigentlich schon seit Jahren praktiziert sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene. Damit soll den Einrichtungen unter anderem mehr Autonomie eingeräumt werden.

Mehr Autonomie?

War da nicht irgendetwas?

Ich erinnere an die Debatten zum Thema „Autonomie“.

Was da war bzw. was da ist, zeigen die laufenden bundesweiten Debatten um bereits deregulierte Hochschulen. Ihnen ist Autonomie eingeräumt worden, allerdings nicht mit einem Mehr an Demokratie. Das hat zu intransparenten, einseitigen und teilweise ungerechten Entscheidungen über die hochschulinterne Ressourcenverteilung geführt.

Hat sich nicht auch in diesem Zusammenhang gezeigt, dass es damit einerseits zur Einschränkung von Wissenschafts- und Lehrfreiheit kam und dass sich andererseits auch die Situation von Lehrenden und Studierenden verschlechtert hat?

Personalvertretungen kritisieren allenthalben, dass es ihnen immer schwerer fällt, ihre Aufgabe der Interessenvertretung umzusetzen. Studierende, aber auch der wissenschaftliche Nachwuchs sind in den gewählten Gremien deutlich unterrepräsentiert.

Wir Linke sagen:

Ja, mehr Autonomie ist in Ordnung, wenn Wissenschaft am Ende auch demokratischer gestaltet wird. Wie wichtig das wird, zeigt ein weiterer Flexibilisierungsvorschlag des Gesetzes, denn es soll zukünftig auf die Ausweisung von Stellenplänen ganz verzichtet werden können.

Das wichtigste Fazit aus all unseren

Ausschussanhörungen im Bundestag zur Nachwuchsentwicklung und zur Gleichstellung in der Wissenschaft lautete: Ohne verbindliche und nachhaltige Personalentwicklung werden keine Verbesserungen zu erreichen sein.

Nun fragt man sich doch zwangsläufig, wie soll das bitte ohne Stellenpläne gehen?

Wie will man denn eine effektive und demokratische Kontrolle an den Einrichtungen organisieren?

Wie will das Ministerium Fehlentwicklungen überhaupt bemerken. Die Bundesregierung hat es ja selbst zugeben müssen: Man weiß nicht einmal, wie viele Personen promovieren, wie viele Promotionen abgebrochen werden und dergleichen mehr.

Und es hat insbesondere im Bereich der Nachwuchsentwicklung Fehlentscheidungen gegeben. Wir Linke haben gerade eine Kleine Anfrage zur Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses gestellt. In der Antworten der Bundesregierung sind die Fehlentwicklungen belegt.

Schauen wir nur einmal die prekäre Stipendienpraxis für Promovierende und Postdocs an den Max-Planck-Instituten, die ja bekanntermaßen auf ihr Renomee besonderen Wert legen. Da werden mehr und mehr Promotionsverfahren eröffnet, weil sich über Stipendien natürlich auch Gehalts- und Lohnnebenkosten senken lassen. Da fallen Promovierte, wohlgemerkt Promovierte(!), schon einmal direkt vom Stipendium in Hartz IV, weil Stipendiaten nicht in Sicherungssysteme wie die Arbeitslosenversicherung einzahlen. Das geschieht in den Fällen, in denen erhoffte Drittmittel aus der

Auftragsforschung ausbleiben und die jeweilige Einrichtung aus ihren Haushalten keine Gelder zur Verlängerung der Projekte aufbringen kann.

Eine Petition namens Fair Pay von 1.300 jungen Nachwuchswissenschaftler(inne)n aus Max-Planck-Instituten kann doch nur als Ohrfeige für die Leitung der Max-Planck-Gesellschaft verstanden werden. Immerhin, daran sei noch einmal erinnert, bekommt auch diese jedes Jahr fünf Prozent mehr Mittel.

Die taz hatte sogar getitelt: „Aufruhr im Eliteclub“. Zwischenzeitlich hat sich die Leitung der Max-Planck-Gesellschaft auf Druck des wissenschaftlichen Nachwuchses und infolge der Antwort der Bundesregierung auf unsere Kleine Anfrage eines Besseren besonnen und Verbesserungen beschlossen.

Ja es ist wohl so, dass der Haushalt ohne Stellenpläne flexibler verwaltet werden könnte. Aber auf wessen Kosten? Auf Kosten der Beschäftigten, auf Kosten der jungen Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler. Man muss das wohl auch als Raubbau an der Zukunft der Einrichtungen bezeichnen.

Insofern muss sich auch niemand mehr darüber wundern, wenn diese jungen Leute bessere Chancen in anderen Ländern sehen und Deutschland verlassen.

Was könnte man in dieser Situation von der Bundesregierung konkret erwarten?

Man könnte zum einen erwarten, dass die Mittelvergabe für die Globalhaushalte an Mindeststandards für Promovierende und Postdocs gebunden wird.

Die Bundesregierung könnte weiterhin das Wissenschaftszeitvertragsgesetz ändern. Dort kann man Mindestlaufzeiten für Verträge festschreiben.

Zum anderen kann man den Tarifpartnern ermöglichen, in Verhandlungen über gesetzliche Mindeststandards zur Befristung von Arbeitsverträgen in der Wissenschaft hinauszugehen. Das ist dann deren Geschichte. Dafür müsste man aber die Tarifsperre aufheben.

Zu diesen Verbesserungen im Interesse der Nachwuchswissenschaftler sind Bundesregierung und Koalition bis heute nicht bereit. Stattdessen wollen sie auf die Spitze des Eisberges noch eine Schippe packen und das sogenannte Besserstellungsverbot einschränken.

Was bedeutet das konkret?

Möchte eine Einrichtung einen Spitzenwissenschaftler gewinnen oder an der eigenen Einrichtung halten, darf sie diesem dauerhaft übertarifliche Sonderzahlungen allerdings nur aus Drittmitteln gewähren und ihn damit deutlich besserstellen als seine Kolleginnen und Kollegen. Als hätte diese Praxis nicht gerade erst der Bundesrechnungshof umfassend kritisiert, soll das jetzt sogar noch gesetzlich sanktioniert werden. Im Grunde dürfte sich der Bundestag über alle Fraktionen hinweg eine solche Ignoranz nicht gefallen lassen.

Abschließend bleibt nochmals festzustellen:

Die Deregulierung bringt nur jenen an der Spitze des Systems mehr Sicherheit und bessere Gehälter. Den Promovierenden und den Leistungsträgern im Mittelbau hinge-

gen werden immer größere Unsicherheit und Zuwendungen zugemutet, die oftmals nahe am Existenzminimum liegen.

Mir ist gesagt worden: „Wenn ich nicht eine Frau hätte, die als Ärztin gutes Geld verdient, könnte ich nicht an dieser Einrichtung forschen.“

Mich macht diese Ungerechtigkeit im Umgang mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern einigermaßen fassungslos.

Es sollte schließlich versucht werden, Gesetzgebung gerecht zu gestalten, auch deshalb, weil vermeintlich exzellente Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ihre Leistungsfähigkeit nur in Zusammenarbeit mit motiviertem, gut bezahltem wissenschaftlichem Nachwuchs entwickeln können.

Fazit:

Wer exzellente Forschung möchte, muss auch für exzellente Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen sorgen. Damit ist der Freiheit der Wissenschaft weit mehr gedient.

Petra Sitte

**Die BO Riebeckplatz /
Hofjäger lädt ein**
zum Gespräch über aktuelle
kommunalpolitische Probleme
mit

Swen Knöchel,
MdL, Stadtrat und
Vorsitzender
der LINKEN Halle
Dienstag, 11. September,
ab 17 Uhr,
im Kartoffelhaus
Philipp-Müllerstraße 44

Gäste sind willkommen!

**Christopher Street Day Halle (Saale) am
8. September 2012
Straßenfest von 11 bis 17.30 Uhr auf dem
Marktplatz**

Unter dem Motto „L(i)eben und l(i)eben lassen!“ veranstalten das Begegnungs- und Beratungs-Zentrum „Lebensart“ e. V. und die AIDS-Hilfe Halle/Sachsen-Anhalt Süd e. V. am Sonnabend, dem 8. September 2012, den diesjährigen Christopher Street Day. Erneut soll im Herzen von Halle ein eindrucksvolles Zeichen gegen Homophobie und Diskriminierung sowie für Toleranz und Akzeptanz gesetzt werden. Gemeinsam mit dem CSD Magdeburg wurden politische Forderungen aufgestellt. Schirmherr des diesjährigen CSD in Halle ist der Minister für Arbeit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt, Norbert Bischoff (SPD).

Die Besucher_innen erwarten u. a. Auftritte der Band „Zeitnah“, der Rosenstolz-Covershow „Das kleine Miststück“ und vom Musiker und Kabarettisten Holger Edmaier aus Köln. Am Abend findet ab 22 Uhr die CSD-Abschlussparty (Achtung: Neuer Ort!) in der „Theatrale“ (Waisenhausring 2) statt.

In der Woche vor dem CSD finden verschiedene Veranstaltungen statt.

Hochburg der LINKEN; Halle-Neustadt

Am „Gastronom“ mehr als 30 % für Swen Knöchel.

Die OB-Wahlen in Halle sind einige Wochen vorbei.

Schwamm drüber?

Denkste.

Nach-Denken.

* Etwa zwei Drittel der Wahlberechtigten sind der Wahl ferngeblieben. Es wird einen OB ohne die Zustimmung der Hallenser_innen geben, trotzdem rechtskräftig. Linke Blatt vom 09.07. wertet das Fernbleiben als „schleichende Entwertung des Politischen“. Möglich. Möglich ist aber auch, dass zahlreiche Linke bürgerliche Wahlen generell ablehnen und deshalb nicht zur Urne gehen. Diese Personen agieren sehr wohl politisch, wenn auch nicht im Sinne der etablierten Parteien.

Ein Teil der Nichtwähler sind die in Politik Unerfahrenen. Was haben wir getan, um diese aufzuklären? Wie viel Events für Neuwähler gab es? Gab es Meetings mit Zugezogenen, z.B. Asylbewerber oder Wolga-Deutschen? Haben wir bei Alten und Behinderten ausreichend die Möglichkeit der Briefwahl popularisiert? Sicher, ein Teil der Nichtwähler hält nichts von der Politik. Das kann doch niemanden verwundern. Wir haben es nicht geschafft, ihnen zu erklären, dass die LINKE anders ist als die anderen Parteien. Und, will sie überhaupt noch anders sein?

* Die OB-Wahl war eine Personenwahl, keine Parteienwahl. Der Kandidat Swen Knöchel kam mit 12,41 % der Stimmen auf Platz vier. Kein berauschendes Ergebnis, aber auch kein Beinbruch. Aber Swen Knöchel war und ist immerhin der Vorsitzende des Stadt-

verbandes der LINKEN. Da erhält der vierte Platz eine andere Wertung. Der Kandidat der CDU erreichte am 01. Juli fast dreimal so viele Stimmen. Der völlig unbekannt SPD-Kandidat erreichte ca. 5 % mehr Stimmen als der LINKE_Stadtvorsitzende. Keine 5% der Wahlberechtigten aus Halle haben den Kandidaten der LINKEN gewählt!!

Eine herbe Niederlage der Partei und kein Platz für Zufriedenheit. Und darüber muss in der Partei gesprochen werden. Im Vorstand, an der Basis. Lesen wir die Wahlergebnisse vom 01. Juli als ein Zeichen der Verankerung der LINKEN in der Bevölkerung, so werden Stärken und Schwächen sehr deutlich.

Von 163 Wahllokalen meldeten 15 einen Stimmenanteil über 20 % für Swen Knöchel. In der Zusammenfassung ergab das für die südliche Neustadt 21,2 %, westliche Neustadt 19,4 %, nördliche Neustadt 18,8 % und für die Silberhöhe 17,9 %. Neustadt ist die Hochburg der LINKEN. Im Wahllokal 57303 für das Wohngebiet am „Gastronom“ wurden für Swen Knöchel 31,25 % der Stimmen gezählt. Höchstwert! Dank unse-rentreuen Wähler_innen. Übrigens: Im Nebenzimmer, Wahlbezirk 57304, wurden „lediglich“ 19,94 % für Swen Knöchel abgegeben. Immer noch über dem Stadtdurchschnitt.

Die wenigsten Stimmen erhielt der Kandidat der LINKEN in den Stadtrandgebieten, z.B. in Tornau und Dölau. Wann hat der Stadtvorstand in diesen Gebieten eine

öffentliche Versammlung der Partei durchgeführt? Wenn viele Wähler_innen den Namen des Parteivorsitzenden nicht kennen, ist das keinesfalls die Schuld der Wähler. * Ab Dezember 2012 regiert in der größten Stadt Sachsen-Anhalts planmäßig für sieben Jahre ein Parteilooser. In der Stichwahl gewann Dr. Wiegand. Gratulation. Die Wähler_innen haben die Vorherrschaft der CDU verhindert. Eine Entscheidung mit wachem politischen Gespür und großer Tragweite. Den Wähler_innen kann keine „schleichende Entwertung des Politischen“ nachgesagt werden. Im Gegenteil.

Die Gegenwärtige SPD-OB bezeichnete die Wahl von Dr. Wiegand als „Katastrophe“, die LINKE sollte die Wahl eher als Chance sehen. Vielleicht ergibt sich bei einem parteineutralen OB eine größere Möglichkeit für unsere Stadtratsfraktion zur Mitgestaltung – zum Wohle der Bürger_Innen der Stadt.

GeNau

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16

06108 Halle (Saale)

Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de

Swen Knöchel (v.i.S.d.P)

Herstellung: Eigendruck

Erscheinungsweise: 14-tägig

Auflage: 650 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:

30.08.2012

Redaktionsschluss der nächsten

Ausgabe: 13.09.2012

Nach der Wahl ist vor der Wahl – Betrachtung zur Oberbürgermeisterwahl in Halle (Saale)

(mb) Es wird unabdingbar sein, dass sich der Stadtvorstand gemeinsam mit dem Wahlbüro ausführlich zu den Wahlergebnissen der Oberbürgermeisterwahl zu verständigen. Ich denke, dass das auch von der Parteibasis gewünscht wird. Aufgrund des wohlverdienten Urlaubs vieler Stadtvorstandsmitglieder, Mitgliedern des Wahlbüros und nicht zuletzt unseres Kandidaten sind wir hier noch im Arbeitsprozess.

Auf den ersten Blick ist der Wahlausgang eine Enttäuschung und das im wahrsten Wortsinne. Ich z.B. hatte nach meinen Erfahrungen an den Wahlkampfständen ein anderes Wahlergebnis erwartet – nicht gleich den ersten Platz – aber doch deutlich mehr als 12,4% der abgegebenen Stimmen. Ich bin der festen Überzeugung, dass es nicht am Engagement des Kandidaten und der Wahlhelfer gelegen hat, sondern an anderen Punkten. Ich denke, dass die Wählerinnen und Wähler, die zur Wahl gegangen sind, durch die selbstherrliche Politik der SPD-Oberbürgermeisterin einfache einen Gegenspieler wollten. Das ist für die einen die CDU, für die anderen der bekannteste Gegenspieler der OB in der halleschen Verwaltung. Das zeigt sich deutlich in den Ergebnissen für die LINKE und die SPD.

Die CDU mit dem Kandidaten Bernhard Bönisch konnte im ersten Wahlgang mit 25.593 Stimmen im Vergleich zur Wahl 2006 einen Stimmenzuwachs von absolut 7.901 Stimmen erzielen (bei einem Rückgang der absoluten Wählerzahlen), das entsprach ei-

nem Stimmenanteil von 35,3%. Bereits dieses Ergebnis macht deutlich, dass die CDU ihr Wählerpotential in vollem Maße ausgeschöpft hat, zur Stichwahl konnte Bönisch mit 26.092 Stimmen nur einen vergleichsweise geringen Zuwachs von 499 Stimmen erzielen. Bönisch ist seit Anfang der 90iger Jahre in der halleschen Kommunalpolitik, er verfügte über einen hohen Bekanntheitsgrad, seine Kandidatur war von Anfang an gesetzt. Bönisch ist in der halleschen Stadtgesellschaft verankert, seine Außenwahrnehmung knüpft nicht nur an die Parteimitgliedschaft an, er hat bewusst den Einsatz Landes- oder bundespolitischer Prominenz nicht forciert. Diese Strategie ist aufgegangen, auch wenn die Stichwahl nicht gewonnen wurde, kann sein Wahlantritt als erfolgreich bezeichnet werden.

Als unabhängiger Bewerber trat Bernd Wiegand an, er erzielte im ersten Wahlgang 13.285 Stimmen, was einem Anteil von 19,9% der Stimmen entsprach. In der anschließenden Stichwahl setzte er sich mit 29.326 Stimmen (52,9%) gegen den CDU Bewerber durch, was einem Stimmenzuwachs von 16.041 Stimmen entsprach.

Bernd Wiegand ist 55 Jahre und seit 2008 Beigeordneter in Halle, er war bis 2011 Mitglied der SPD. Seine Amtszeit war von einem öffentlich ausgetragenen Streit mit der Oberbürgermeisterin geprägt, in welchem es im Kern um die Besetzung seiner Referentenstelle ging, in der öffentlichen Wahrnehmung allerdings war er der Widerpart zur ungeliebten OB?in. Der medial

ausgetragene Streit verschaffte Wiegand einen sehr hohen Bekanntheitsgrad, die zusammen mit seinen unbestrittenen fachlichen Kompetenzen zu der hohen Zustimmung innerhalb des Lagers der LINKEN und SPD und teilweise auch der Grünen Wähler führte.

DIE LINKE trat mit ihrem Stadtvorsitzenden Swen Knöchel an, der zugleich seit 2011 Landtagsabgeordneter und seit 2009 Stadtrat ist. Die Bekanntgabe der Kandidatur erfolgte Mitte Januar, bis zu diesem Zeitpunkt wurden in öffentlichen Spekulationen andere mögliche Kandidaten „gehandelt“, was darauf hinweist, dass die öffentliche Wahrnehmung in seiner Person keine Relevanz sah. Dieser Umstand war bei der Nominierung des Kandidaten dem Stadtvorstand bekannt, in der Beratung im Dezember war vereinbart, es als strategische Kandidatur für die folgende Oberbürgermeisterwahl anzulegen.

Das Wahlergebnis mit 8.295 Stimmen (12,4%) ist das schlechteste Wahlergebnis, was die PDS/DIE LINKE seit 1994 in Halle erreichte.

Trotzdem möchte ich darauf verweisen, dass Swen am 26.05.2012 noch einen Bekanntheitsgrad unter den Hallenserinnen und Hallenser von 25% hatte und am 23.06.2012 bereits 44% - das werte ich schon als Erfolg. Andreas Henke aus Halberstadt erreichte 2003 in Halberstadt 6,1% der Stimmen als Kandidat der PDS – heute ist er Oberbürgermeister für DIE LINKE.

Wir haben uns natürlich nach die-

ser Wahl – auch in Vorbereitung der Kommunalwahlen Fragen zu stellen: Wie platzieren wir unsere Kandidaten, damit sie in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden? Welche Kompetenzen vermitteln unsere Kandidaten? Welche Themen und Schwerpunkte müssen wir in unserer Stadt beset-

zen? Wie aktivieren wir unser Wählerpotential und bauen es aus? Ich denke, dass es uns auch nicht ausreichend gelungen ist zu vermitteln, dass auch bei leeren Stadtkassen ein Oberbürgermeister Entscheidungsmöglichkeiten in einer Kommune hat. Ich denke, mit jedem Wahlkampf

lernt man dazu und möchte Petra Sitte (MdB) zum Abschluss zitieren: „Er hat für sich selbst gewonnen. Auf diesen Auftritt lässt sich aufbauen“.

PS: Die Redaktion des Linken Blattes wird berichten, wenn die Analyse im Stadtvorstand besprochen wurde.

Proteste gegen die Sommertour der NPD in Halle (Saale) am 07.08.2012

Mehr als vierhundert Menschen fanden sich am 7. August vor der Ulrichkirche ein um die Nazis auf ihrer sogenannten Sommertour zu empfangen. Organisiert vom halleschen Bündnis „Halle gegen rechts - Bündnis für Zivilcourage“ hatten die Gegendemonstranten mit viel Fantasie und Engagement den Nazis einen lautstarken Empfang gegeben. Sie waren weder wirklich zu sehen, geschweige denn zu hören. Alles in allem konnte der Tag als Erfolg verbucht werden, wäre es nicht durch den unverhältnismäßigen Gewalteinsetz durch Polizeibeamte zu zwei Verletzten, davon ein Schwerverletzter gekommen.

Dazu erklärte die stellvertretende Vorsitzende des Stadtverbandes DIE LINKE Halle (Saale) Marianne Böttcher:

„Ca. 400 Hallenserinnen und Hallenser beteiligten sich am friedlichen Protest gegen die NPD-Sommertour, der vom Bündnis „Halle gegen Rechts - Bündnis für Zivilcourage“ organisiert worden war. Die unterschiedlichen Formen des Protestes wurden von allen Beteiligten als sehr erfolgreich gewertet. Unverständlich ist daher das äußerst brutale Vorgehen einiger Polizisten gegen zwei Demonstranten, welche dabei erheblich verletzt wurden. Die LINKE Halle

(Saale) fordert die vollständige Aufklärung der Vorfälle. Die von der LINKEN seit langem geforderte Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte würde auch in diesem Fall die Identifikation der beschuldigten Polizisten erheblich erleichtern und zur Aufklärung beitragen.

Wir erwarten, dass die Polizei und das Innenministerium alles Notwendige unternehmen, um die beschuldigten Polizeibeamten ausfindig zu machen, die Vorwürfe zu klären und gegebenenfalls die notwendigen Konsequenzen ziehen zu können.

Ein Mensch ist durch eine polizeili-

che Zwangsmaßnahme so sehr geschädigt worden, dass er im Krankenhaus behandelt werden muss und operiert werden musste. Bleibende Schäden sind wahrscheinlich.

Das kann nicht als Lappalie durchgehen.

Friedlicher Protest darf nicht mittels überzogener polizeilicher Gewalt diskreditiert werden.“

Der Innenausschuss des Landtages von Sachsen-Anhalt wird sich am 06.09.2012 mit diesem Thema beschäftigen. Weitere Informationen, wie z.B. die Tagesauswertung des Bündnisses unter: <http://www.halle-gegen-rechts.de>

